

**Pressemitteilung**  
**Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Heidelberg/Mannheim**  
**Postfach 10 17 03**  
**69007 Heidelberg**  
**<http://heidelberg.rote-hilfe.de>**



Heidelberg, 12.05.2022

### **Achtung!**

### **Kriminalisierungsversuche des Staatsschutzes des Polizeipräsidiums Mannheim**

Zurzeit verschickt „K6“, die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei, postalisch Vorladungen wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Solche Verstöße sollen bei der am 3. Mai 2022 durchgeführten, angemeldeten „Demo gegen Polizeigewalt“ stattgefunden haben: Am Abend dieses Tages waren in Heidelberg über 600 Menschen auf die Straße gegangen.

Anlass war der bundesweit für Aufsehen sorgende Tod eines 47-Jährigen in Mannheim gewesen. Polizisten hatten den Mann am 2. Mai 2022 mitten in der Mannheimer Innenstadt u.a. mit Pfefferspray attackiert, zu Boden gerissen und schließlich mit Fäustschlägen traktiert; nach den brutalen Schlägen auf seinen Kopf war er bewusstlos geworden. Kurze Zeit später starb er im Krankenhaus.

Die Demonstration in Heidelberg zog nach ihrem Auftakt am Bismarckplatz wütend und lautstark über die Bergheimer Straße zur Polizeidirektion in der Römerstraße. Von dort ging es zur Abschlusskundgebung in der Schwanenteichanlage. Selbst „SWR Aktuell“ hatte offiziell verlautbaren lassen: „Die Versammlung [in Heidelberg] lief laut SWR-Informationen friedlich ab.“ Das sehen die Staatsschützer wohl anders. Anders als in Mannheim, wo sich am 7. Mai 2022 bei der großen Demonstration gegen Polizeigewalt (mit weit über 1000 Teilnehmer\*innen) Einsatzkräfte des Exekutivorgans weitgehend zurückgehalten und damit unter Beweis gestellt hatten, dass Einsatztaktiken durchaus im positiven Sinne „der Lage“ angepasst werden können. In Mannheim war es der Polizei plötzlich möglich, nicht zu „dokumentieren“, kein demonstrationseinschließendes Spalier aufzufahren, nicht „einzuschreiten“, nicht zu „stoppen“, nicht festzunehmen – eben nicht zu kriminalisieren.

In Heidelberg das entgegengesetzte Bild: Hier waren die Einsatzkräfte, nach der baden-württembergischen „Polizei-Reform“ ebenfalls zum Polizeipräsidium Mannheim gehörend, von Anfang an aggressiv und extrem versammlungsfeindlich. In Heidelberg haben die Träger\*innen des Gewaltmonopols einmal mehr deutlich gemacht, dass sie als „parteiische Institution“ mit nach innen wirkendem Corps-Geist „politische Akteurin“ sind, die eigene Interessen zu verfolgen imstande ist. In Heidelberg also die Abkehr von einer „versammlungsfreundlichen“ Haltung der Polizeibehörde hin zu einem repressiven Ansatz, der grundlos zu kriminalisieren versucht. Das Perfide dabei ist, dass in Heidelberg Menschen mit kriminalpolizeilicher Repression überzogen werden, die *gegen* Polizeigewalt in ihrer tödlichen Form aufbegehren, während in Mannheim ein Mensch Opfer eben dieser Gewalt geworden ist; darin liegt der Skandal dieser Kriminalisierungsversuche. Damit darf das stark in der öffentlichen Kritik stehende Polizeipräsidium Mannheim nicht durchkommen.

Solltet ihr also in den nächsten Tagen ebenfalls Post von eben jenem erhalten und zur zuständigen Kriminalpolizeidirektion Heidelberg – K6 „vorgeladen“ werden, dann meldet euch umgehend bei der Roten Hilfe Ortsgruppe Heidelberg/Mannheim. Wir sind (dann) an eurer Seite!

► Für Rückfragen stehen wir unter 06221/189144 zur Verfügung.